

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

41 (25.2.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag. Durch die Post 1.05 monatlich 45 Dpf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Abgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 25. Februar 1950

Nr. 41

Sieg der britischen Arbeiterpartei

85 Prozent haben abgestimmt — Heißer Kampf zwischen Konservativen und Arbeiterpartei — Niederlage der Liberalen und Kommunisten
London (ZSH). Seit Menschenrechen war in Großbritannien kein Wahlausgang so ungewiß wie gestern nachmittag. Aber jetzt steht fest, daß die Arbeiterpartei an der Macht bleiben wird. Im Augenblick, Freitag abend 21.45 Uhr, hat die Arbeiterpartei eine Mehrheit von 30 Sitzen. 15 Ergebnisse stehen noch aus.

Den ganzen Nachmittag über wußte die britische Öffentlichkeit noch nicht, ob die Arbeiterpartei oder die Konservativen die nächste Regierung bilden werden. Vier Mal erreichte die Gesamtopposition der Konservativen und Liberalen den Stand der Arbeiterpartei. Vier Mal gewann die Arbeiterpartei knapp wieder die Führung. Die in der vorausgegangenen Nacht hauptsächlich aus den Städten gemeldeten Wahlergebnisse hatten der Arbeiterpartei eine Führung von 60 Sitzen in dem letzten Unterhaus hatte die Arbeiterpartei eine absolute Mehrheit von 160 Abgeordneten. Besonders auffallend an der Wahl war die geringe Stimmensahl für die Kommunisten und das Versagen der Liberalen Partei, die besondere Anstrengungen gemacht hatte, um die Zahl ihrer Sitze im Unterhaus zu erhöhen.

Um 21.45 Uhr lagen die Ergebnisse aus 610 Wahlkreisen vor. Es entfielen auf die Arbeiterpartei um diese Zeit 313 Sitze, auf die Konservativen und ihnen nahestehende Parteien 269, Liberale Partei 7, Kommunisten 9, übrige Parteien 1. Noch 15 Wahlergebnisse stehen dabei aus.

Premierminister Aitlee und der Führer der konservativen Opposition, Churchill, wurden wiedergewählt. Aitlee hatte über 12 000 Stimmen mehr als sein konservativer Gegner. Churchill hat in einem ländlichen Wahlkreis 18 000 Stimmen mehr als der Kandidat der Arbeiterpartei. Churchill erklärte, die Wahl war ein Beweis dafür, wie in Großbritannien die Dinge ohne Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung vor sich gehen, sie könnte ein Vorbild für viele Staaten in Europa sein, wo die gleiche absolute Fairness und Anständigkeit auf Seiten aller Beteiligten bei der Durchführung einer Wahl nicht immer der hervorsteckendste und bemerkenswerteste Zug ist. Aitlee sagte, es gab keine Roboter und keine persönlichen Angriffe. Diese Anerkennung möchte ich meinen Gegnern aussprechen.

Bevin wurde wiedergewählt, auch alle übrigen Kabinettsmitglieder, die als Kandidaten aufgestellt waren, wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Kolonialministers Johns. Fünf Staatssekretäre haben ihre Sitze verloren. Der Ernährungsminister, dessen Sitz als keineswegs sicher angesehen wurde, wurde mit einer Mehrheit von 4700 Stimmen wiedergewählt. Die linksradikalen Kandidaten haben sämtlich sehr schlecht abgeschnitten. Bisher wurde nicht ein einziger Kommunist gewählt, obwohl 100 kommunistische Kandidaten aufgestellt waren. Die für die Kommunisten abgegebenen Stimmen belaufen sich bisher auf ein Drittel Prozent der Gesamtstimmen.

Die beiden bisherigen kommunistischen Unterhausabgeordneten wurden von den Kandidaten der Arbeiterpartei geschlagen. Der eine erhielt 14 000, der andere 27 000 Stimmen weniger als der Kandidat der Arbeiterpartei. Der Sekretär der kommunistischen Partei erlitt in einem wallischen Grubenrevier durch einen Kandidaten der Arbeiterpartei eine schwere Niederlage. Verglichen mit der Wahl im Jahre 1945 verlor er mehr als 11 000 Stimmen. Auch seine Frau wurde in einem Nord-Londoner Wahlbezirk geschlagen. Alle fünf linksradikalen Sozialisten, die wegen ihrer Einstellung zu außenpolitischen Fragen aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen wurden, verloren ihren Sitz. Sie wurden sämtlich mit einer sehr großen Mehrheit geschlagen.

Auch der frühere konservative Außenminister Anthony Eden wurde wiedergewählt, desgleichen der konservative Abgeordnete Lord Wintherton, der seit 45 Jahren Mitglied des Unterhauses ist. Der bisherige konservative Abgeordnete Hoare Bellish, der 1939 Kriegsminister war, wurde geschlagen, ebenso Randolph Churchill, der Sohn des Führer der Konservativen.

Die Liberalen haben eine schwere Niederlage erlitten. Sie hatten 475 Kandidaten aufgestellt, von denen bisher nur sieben gewählt wurden. Zu diesen gehören der Vorsitzende der Partei, Clement Davis, und die Tochter des britischen Premierministers im ersten Weltkrieg, Lloyd Georges. Der Wahlorganist der Liberalen Partei wurde, wie eine zweite Zählung ergab, von einem konservativen Kandidaten mit einer Mehrheit von 97 Stimmen besiegt. Obwohl die Liberalen bisher 9 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen erhalten haben, wird nach dem britischen Wahlsystem in jedem Wahlkreis nur der führende Kandidat gewählt. Eine Übertragung der Stimmen auf Wahllisten findet nicht statt.

Die letzten Ziffern der insgesamt abgegebenen Stimmen sind:

| | |
|----------------|------------|
| Arbeiterpartei | 42 700 000 |
| Konservative | 11 800 000 |
| Liberale | 2 800 000 |
| Kommunisten | 87 000 |

Als einziger Abgeordneter ohne Parteibildung wurde der bisherige Vorsitzende des Unterhauses wiedergewählt. Er erhielt 29 000 Stimmen mehr als sein Gegner. Bisher wurden 17 Frauen gewählt; im letzten Unterhaus saßen 23 Frauen.

Wieder erregte Szenen in Bonn

Regierungserklärung zum Wohnungsbau
Tumult um Einkommensteuergesetz

Dr. Adenauer vor dem Bundestag — 250 000 Wohnungen vorgesehen — Kapitalaufwand: 2,5 Milliarden

v.W. Bonn. Bundeskanzler Dr. Adenauer gab zu Anfang der 41. Plenarsitzung am Freitag in Bonn ganz unerwartet eine Regierungserklärung zur Frage des Wohnungsbaus ab.

Nachdem der Bundestagspräsident Dr. Erich Köhler die Sitzung eröffnet und einer der Schriftführer festgestellt hatte, daß nahezu zehn Prozent der Abgeordneten wegen Krankheit oder sonst entschuldigt fehlen, erob sich der Bundeskanzler von der fast voll besetzten Regierungsbank und betrat das Rednerpult.

Er erklärte das zur Beratung anstehende erste Gesetz der Bundesregierung betreffend Wohnungsbau als „die wichtigste Vorlage, die die Regierung bisher dem Bundestag zugeführt hat“. Der Wohnungsbau müsse eine wirtschaftliche, aber auch eine ethische Befriedigung finden.

Es sei nicht möglich, ein Programm über mehrere Jahre aufzustellen, da hierfür die finanziellen Voraussetzungen noch nicht vorliegen.

Das dem Bundestag zur Beratung eingebrachte Wohnungsbauprogramm stelle ein Mindestprogramm dar, „aber wir wollen mehr, und ich weiß als alter Kommunalpolitiker, daß wir auch mehr leisten können und werden“.

Das Wohnungsbauprogramm, wie es im Regierungsentwurf entwickelt ist, sei von öffentlichen Stellen allein nicht zu lösen — der private Wohnungsbau und die Privatinitiative müsse sich daher einschalten.

Wörtlich schloß der Kanzler seine von keinem Zwischenruf unterbrochenen Ausführungen: „Ich richte an alle in Deutschland die dringende und herzliche Bitte, die entsetzliche Wohnungsnot zu beseitigen, und ich richte diese Bitte an die Länder, an die Kirchen, an die Gemeinden, an die politischen Parteien und an jeden Einzelnen, der mitzuhelfen in der Lage ist.“

Debatte einhellig zustimmend.
Anschließend begründete der Minister für den Wiederaufbau Willführer das Wohnungsbauprogramm der Regierung für 1950, das einen Bau von mindestens 250 000 Wohnungen im laufenden Jahre vorsieht. Der Minister erklärte dazu, daß hierfür das Kapital zur Verfügung stehe und daß die Kapazität der Baustoffindustrie ebenfalls ausreichend sei.

Er wiederholte noch einmal die Feststellung, daß man über einen weiteren Zeitraum noch nicht planen könne und nannte die einzelnen Stellen, die das Kapital in Höhe von 2,5 Milliarden für diesen ersten Bauabschnitt des Wohnungsbauprogramms zur Verfügung stellen werde.

In der Begleitung des Wiederaufbaueministers befand sich dessen „rechte Hand“, der Erbauer der Bonner Bundesbauten, Ministerialdirektor Dr. Wandersleb, für den eine Staatssekretärstelle im Wiederaufbauministerium vom Haushaltsausschuß bisher nicht genehmigt wurde.

Die Parteien kamen zu Wort.
Als erster Sprecher der Parteien meldete sich der Abgeordnete Klambunde (SPD) zum Wort, der für seine Bundestagsfraktion selbst ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt hat, das allerdings mehrere Jahre umfaßt. Namens seiner Fraktion erklärte Klambunde, daß „das Gebäude des Wohnungsbaus 1950 noch keine festen Fundamente hat“. Er stellte jedoch auch die Bereitschaft der Parteien des Hauses heraus, gegenseitig nachzugeben, um die beste Lösung zu finden.

Anschließend sprachen zur me. CDU/CSU Landrat a. D. Dr. Brönner aus Mergentheim. Er betonte, daß der Wohnungsbau nicht daran scheitern dürfe, daß die Real Kredite zur Zeit nicht verfügbar seien. Eine Vorfinanzierung sei unbedingt erforderlich, damit der Anfang des Wohnungsbaues zu einem möglich früheren Zeitpunkt nicht an Geldmangel scheitert. Nach Ansicht seiner Fraktion komme es darauf an, in folgender Reihenfolge zu arbeiten: Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen, sozialer Wohnungsbau bei tragbaren Mieten. Ein gesunder Wettbewerb sei notwendig. Das Schwergewicht im Wohnungsbau müsse auf dem Eigenbau liegen, was bedeute, daß allmählich vielen der Erwerb eines ein- oder zweistöckigen Hauses ermöglicht

Die Wahlbeteiligung in den ländlichen Bezirken war fast ebenso stark, wie in den Städten. In den Wahlkreisen, deren Ergebnisse bereits vorliegen, haben rund 85 Prozent der Wählerschaft von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Das ist die höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte des britischen Unterhauses. In der Wahl von 1945 betrug die Wahlbeteiligung 73 Prozent. In einigen Wahlbezirken war die Mehrheit sehr knapp.

Der Bundestag muß einig sein in dem Willen, diese Schicksalsfrage des Volkes zu lösen.

Namens der KP bedauerte der Abgeordnete Paul die Kürze der Redezeit bei einem so wichtigen Problem und sagte, daß seine Partei kein Vertrauen zur Regierung Adenauer habe. Er stellte auch fest, daß es falsch wäre, alle Bestimmungen der Wohnraumbewirtschaftung fallen zu lassen. Als er seine Redezeit überschreiten wollte, wurde ihm vom Vizepräsidenten des Bundestages Dr. Schäffer das Wort mehrmals entzogen. Schließlich entschloß er sich, unter dem Beifall der Abgeordneten der KP und unter Mißfallensrufen des übrigen Hauses, die Rednertribüne zu verlassen.

Auch die übrigen Parteien stimmten der Regierungsvorlage mit der Maßgabe zu, daß der Entwurf noch einmal im Ausschuß gründlich zu beraten sei. Dabei verlangte der Abgeordnete Wirths (FDP), daß das Bau- und das Etatjahr in Zukunft besser gekoppelt werde, um Verzögerungen im Baubeginn zu vermeiden. Als Baufachmann forderte er außerdem eine Ermäßigung der Gesamtkosten, dabei eine Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes, eine Ermäßigung der Gebühren beim Grunderwerb und eine Streichung der Trümmergrundschulden. Er hob besonders das schwierige Problem des Nachwuchses in der Baubranche hervor, wo zwar Maurer genügend vorhanden seien, es aber an Dachdeckern, Klempnern und Schreibern fehle.

Nachdem auch der Abgeordnete der Bayernpartei Dr. Etzel für seine Fraktion die Bereitschaft erklärt hatte, alle Wünsche föderalistischer Art zurückzustellen, wenn bald ein Ergebnis im Bauprogramm erzielt werde, beschloß das Haus nahezu einstimmig, den Regierungsentwurf zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuß zu überweisen.

Beamtensteuergesetz erneut abgesetzt.
Das schon auf der Donnerstagsplenarsitzung nicht beratene vorläufige Beamtensteuergesetz wurde von der Freitagstagsordnung erneut abgesetzt. Wie wir erfahren, soll es möglicherweise doch noch zwischen der Regierung und der Opposition zu einer Einigung kommen, die die Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen beschleunigt regelt.

Differenzen zwischen Opposition und Regierung

Während der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes kam es im Laufe des Freitag nachmittags gegen 17.30 Uhr zu ersten Differenzen zwischen der Opposition und der Regierung, so daß die Sitzung unterbrochen werden und der Ältestenrat einberufen werden mußte. Nachdem sich Bundesminister Schäffer dagegen gewendet hatte, daß die Weihnachtsgratifikation in Höhe von 300 DM von der Steuer grundsätzlich abgesetzt werden solle, ergriff der Abgeordnete Seuffert (SPD) das Wort und erklärte, daß die Regierung sich einerseits nicht mit der Abzugsfähigkeit der Weihnachtsgratifikation einverstanden erkläre, während sie auf der anderen Seite bereitwillig Geld verschenke. Damit meinte Seuffert offensichtlich die geplanten Steuerermäßigungen für die hohen Einkommen.

Bundesfinanzminister Schäffer wendete sich energisch gegen derartige Unterstellungen, die dem Ansehen des deutschen Namens besonders im Ausland nur abträglich sein könnten.

Darauf replizierte der Sprecher der Opposition, daß „der deutsche Name mit dem Bundestag nichts zu tun hat — er wird anderswo repräsentiert“.

Nachdem der Bundestagspräsident Dr. Köhler eine kurze Pause zur Beratung dieses Vorfalls eingelegt hatte, durch den sich insbesondere der anwesende Bundeskanzler — wie aus dessen Haltung gegenüber dem Bundestagspräsidenten Köhler hervorging — erheblich gekränkt fühlte — kam der Bundestag erneut zusammen.

Dr. Köhler las das Stenogramm der in Frage stehenden Sitzungsminuten vor und erklärte anschließend, daß er im Augenblick keine Entscheidung fällen könne, so daß der Ältestenrat einberufen müsse. Dieser tagte anschließend, während das Haus diskutiert innerhalb der einzelnen Fraktionen und auch interfraktionell das Bundesrestaurant, die Wandelhalle und den Ruheraum aufsuchte.

(Fortf. auf der 2. Seite)

Die Bedeutung der englischen Wahlen

Von unserem Londoner Vertreter C. Herbert
Der 23. Februar 1950 wird nach Ansicht aller maßgebenden englischen Politiker, ganz gleich, welche Parteirichtung sie vertreten, ein wichtiges Datum nicht nur in der englischen Geschichte, sondern in der Weltgeschichte überhaupt sein. Mindestens vier Wochen lang hat sich nicht nur die aufgewühlte, aber disziplinierte öffentliche Meinung auf der britischen Insel, sondern auch die öffentliche Meinung in der ganzen Welt mit dem Ereignis dieser Wahl befaßt. Wieso interessiert es die Völker Frankreichs, Deutschlands, der anderen europäischen Staaten und selbst der USA, wer der Sieger in diesem Wahlkampf ist?

Die Vertreter aller englischen Parteien sind in der Lage, eine recht schlüssige Antwort auf diese Frage zu geben. Der 23. Februar hat darüber entschieden, welche Partei fünf Jahre lang im britischen Unterhaus die Führung inne hat und damit die Regierung stellt. Er brachte darüber hinaus die Entscheidung der Frage: bürgerliche Verwaltung oder Staatssozialismus auf der britischen Insel.

Fünf Jahre Labour-Herrschaft seit Beendigung des Krieges haben nicht nur das öffentliche Leben in England, sondern auch die private Sphäre des englischen Menschen grundlegend gewandelt. Der kostenlose nationale Gesundheitsdienst, der jedem Engländer die ärztliche Behandlung ermöglicht, ohne daß er jemals eine Arztrechnung zu bezahlen braucht, ist die Zielscheibe der internationalen Witzmacher geworden. Er bedeutet trotzdem eine der Errungenschaften der Arbeiterpartei, die für diese fünf Jahre ihrer Herrschaft sprach. Die meisten konservativen Wahlkandidaten mußten ihren Wählern versichern, daß diese sozialen Errungenschaften auch unter einer konservativen Regierung beibehalten werden. Es ist dies nur eines der vielen Beispiele für die staatlich gelenkte Sozialisierung des englischen Lebens, die ähnlich wie die sozialen Errungenschaften des deutschen Kaiserreiches von seiner am meisten geachteten Regierung jemals bereitigt werden können, nachdem die britischen Massen einmal Geschmack daran gefunden haben. Die Verstaatlichung großer Industrien in den vergangenen Jahren und die Ankündigung weiterer Verstaatlichungsmaßnahmen durch die Labourpartei bedingt einen Strukturwandel der englischen Wirtschaft.

Ein Labourkandidat erklärte, daß sich die gegenwärtige Planwirtschaft von der früheren kapitalistischen englischen Wirtschaft so unterscheiden wie die beiden Wirtschaftssysteme in Ost- und Westdeutschland. Der Kandidat hat damit sicher nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß die Labourausrichtung der Wirtschaft etwa dem ostdeutschen Wirtschaftssystem nachstrebt. Er wollte nur die Riesenklüfte bezeichnen, die zwischen Downing-Street in London und Wall-Street in New York heute schon besteht.

Über die innenpolitische Bedeutung hinaus, die ja zunächst nur England allein angeht, im Endziel aber doch auf ganz Europa ausstrahlen wird, liegt der Schwerpunkt der britischen Wahlen — auf weltpolitischem Gebiet. Winston Churchill konnte im Verlaufe des Wahlkampfes darauf hinweisen, daß keines der großen britischen Dominions nach der nach seiner Ansicht trüben Erfahrung mit den Sozialisten heute noch eine Labour-Regierung hat. Die Konservativen sind der Meinung, daß die strukturelle Auflösung des britischen Weltreiches im alten Sinne ein weltpolitischer Fehler ideologischer Sozialisten ist, die also ihre politische Konzeption über die praktische Notwendigkeit der Commonwealth-Völker gestellt haben. Die Wähler aller Parteien waren sich von vornherein im klaren darüber, daß ein Labour-Sieg die weitere Vorseitigung der Dominien und Kolonien bedeutete, daß ein Sieg der Konservativen zu dem Versuch führen würde, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, das die englischen Sozialisten scheinbar mühelos in Schwung gesetzt hatten.

Gleichzeitig wußte man, daß ein Labour-Sieg die Klüfte zwischen der britischen Insel und einem westlich kapitalistisch ausgerichteten Europa noch vertiefen würde. Haben die englischen Sozialisten bereits auf den letzten Tagungen des Europarats sich viel weniger europafreudig gezeigt als etwa die englischen

Heute die Beilagen „Zum Sonntag“ und „Aus der Heimat“

Ferner in den

Heimat = Nachrichten

Junge Gäste im Sibylla-Schloß
(Die Eitlinger Jugendherberge)
Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermissten
Neues aus Busenbach, Langensteinbach, Herrenalb und Völkersbach

Konservativen, so glaubten die letzteren im Falle eines Labour-Sieges voraussagen zu müssen, daß nach der Konzeption der Attlees und Morrisons ein vereinigtes Europa erst dann ins Blickfeld rückt, wenn sie auf dem Kontinent dieselbe planwirtschaftliche Struktur gewahren wie im eigenen Lande.

In Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten, ja sogar in Italien herrscht nach Auffassung der englischen Sozialisten ein in Wirklichkeit bereits überwundenes amerikanisch-kapitalistisches Wirtschaftssystem, das in dem Augenblick um seine Existenz klopfen wird, da die amerikanische Dollarhilfe aussetzt. Sollte, wie man in England erwartet, die gegenwärtige westdeutsche Regierung in der Arbeitslosenfrage und in der aufbauenden Fürsorge für die Millionenarmee der Flüchtlinge versagen, so würde die SPD-Opposition auch von innen her stärker werden. Da nach Ansicht der englischen Sozialisten die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich eher noch ungünstiger als in Westdeutschland liegen, glauben sie, daß das jetzt herrschende Wirtschaftssystem sich selbst recht bald als absurdum führen werde. Es hat hier jedenfalls einen tiefen Eindruck gemacht, daß Leon Blum erklärte, daß der Sieg von Labour zugleich der Sieg der französischen Sozialisten sein werde. So gesehen, bezeichnet das britische Wahlergebnis eine Marschrichtung, die von tiefem Einfluß auf die Verhältnisse in ganz Westeuropa sein wird.

In Deutschland hat man sehr recht daran getan, ein so umfassendes Interesse für die britischen Wahlen zu bekunden. Die sogenannte deutsche Überfülle in der Ernährung, das sogenannte fippige Leben der Deutschen hat im britischen Wahlkampf allerdings mit grundverschiedener Folgerung ein solches Echo ausgelöst, daß jeder englischen Regierung, die aus den britischen Wahlen als Sieger hervorgeht, von vornherein nichts anderes übrig blieb, als das Versprechen, dafür zu sorgen, daß es den breiten Massen in Deutschland nicht besser als denen in England geht. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Tatsache wird das deutsche Volk in den nächsten Wochen und Monaten spüren.

Wieder erregte Szenen in Bonn

Fortsetzung von der 1. Seite

Schiedsrichterentscheidung

Nach der Pause wird Seuffert zu einer Erklärung aufgefordert. Er ist dazu jedoch nur bereit, wenn der Bundesfinanzminister seinerseits eine Erklärung abgeben wird. Da diese Erklärung nicht erfolgt, erklärt der Bundestagspräsident den Abgeordneten Seuffert für den Rest des Sitzungstages für ausgeschlossen.

Nun verlassen SPD und KPD — nicht ohne entsprechenden Lärm — den Plenarsaal. Der Zentrumsabgeordnete Bertram verlangt, zugleich im Namen der WAV-Gruppe, eine Unterbrechung der Sitzung, die Präsident Köhler ablehnt.

Darauf gehen auch Zentrum und WAV aus dem Plenum.

Ein Beobachter der SPD, der auf seinen Platz zurückkehrt, zweifelt „zur Geschäftsordnung“ die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Man zählt aus und stellt fest, daß das Haus mit nur 192 Abgeordneten tatsächlich beschlußfähig ist.

Die Minister begeben sich zu ihren Fraktionen. Es folgt eine erneute Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses — man kommt bei der Auszählung nunmehr in der Tat auf 203 „Köpfe“ und damit auf ein beschlußfähiges Plenum.

Die Sitzung wird ohne Opposition weitergeführt

Nachdem das Haus nunmehr wiederum in die Beratung über das Einkommensteuergesetz eingetreten war, kam es zu Abstimmungsergebnissen, die der Zusammensetzung des Hauses entsprachen. Da die Antragsteller der Opposition, die zum Teil im Vorraum des Plenums, zum Teil im Bundesrestant Platz genommen hatten, nicht anwesend waren, konnten sie zu ihren Anfragen auch nicht Stellung nehmen. Diese wurden daher mit eindeutiger Mehrheit abgelehnt. Lediglich zwei mutige Männer vom Zentrum — der Altorordnete Dr. Hellmann und der Abgeordnete Dr. Bertram — waren im Plenarsaal zurückgeblieben und sprachen zu den Oppositionsanträgen. Gelegentlich erschien auch ein Abgesandter der SPD und verlangte von Zeit zu Zeit erneute Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses, eine Forderung, die schließlich vom Bundestagspräsidenten ein für allemal, wenigstens was diesen Sitzungstag anbetraf, abgelehnt wurde.

Bundesfinanzminister „erklärt“ doch

Während der Debatte, die reichlich einseitig war, gab Bundesfinanzminister Schäffer die vorher von Seuffert geforderte Erklärung ab. Er stellte fest, daß er nicht habe erklären wollen, daß die Kritik an der Gesetzesvorlage dem deutschen Namen schaden könne. Er habe lediglich sagen wollen, daß Angriffe, die gegen die Länderfinanzminister erfolgen, dem deutschen Namen schaden könnten.

Es sei selbstverständlich Recht und — wie er besonders betone — Pflicht jedes Abgeordneten, Kritik an einem Gesetz zu üben. In dem hierauf erfolgenden Beifall der Rechtsen des Hauses stimmte der bei seiner Fraktion sitzende Abgeordnete Dr. Adenauer nicht ein.

Nach Beratung der zweiten Lesung verlagte sich das Haus auf kommende Woche, nicht zuletzt wahrscheinlich deshalb, weil die Beschlußfähigkeit des Plenums erneut angezweifelt worden war.

Die dritte Lesung des Einkommensteuergesetzes läßt also noch auf sich warten.

„Herr seiner eigenen Geschichte“

Ziel der amerikanischen Politik in Europa

New York (DND). Ein Leitartikel der „New York Herald Tribune“ fällt in selten präziser und klarer Form zusammen, was die Vereinten Staaten hinsichtlich Europas erreicht wissen möchten. Es heißt in diesem Zusammenhang: „Das Hauptziel der amerikanischen Politik in Europa ist ein starker und geeinter Erdteil, der Herr seiner eigenen Geschichte ist, weil ein schwaches, gespaltenes Europa einen Magnetismus anzieht und die Politik eines Gürtels von kommunistischen Satrapen-Staaten vom Atlantik bis zum Pazifik am Leben erhält.“

Die Elemente der amerikanischen Politik in Europa sind einfach, wie kompliziert auch die Aufgabe, sie durchzuführen, erscheinen mag. Amerika hofft die Länder des Westens durch wirtschaftliche Hilfe zu Macht und Wohlstand zu bringen. Es sucht sie durch militärische Hilfe während der schwierigen Übergangsperiode, soweit dies möglich ist, zu schützen.

Beide Seiten dieses Problems verlangen die Mitwirkung Europas in seinem eigenen Interesse, nicht weniger als im Interesse der freien Welt in ihrer Gesamtheit. Je früher diese Politik zur europäischen „Autonomie“ — im wahren Sinne des Wortes — führt, das heißt, je früher Europa in die Lage kommt, sich selbst aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu befreien und von selber Zeit auch gegen jede Drohung von Rußland widerstandsfähig zu werden, um so lieber wird es den Vereinigten Staaten sein.“

Kein neuer Schritt der USA wegen Atomkontrolle

Washington (ZSH). Präsident Truman erklärte auf einer Pressekonferenz, er sehe keinen Anlaß zu einem neuen Annäherungsversuch an die Sowjetunion in der Frage der internationalen Kontrolle der Atomenergie, wenn auch in manchen Kreisen der Wunsch nach einem hochdramatischen Manöver irgendwelcher Art bestehe. Es lägen keine Anzeichen für neue russische Vorschläge in dieser Angelegenheit vor. Die amerikanische Regierung habe alle üblichen diplomatischen Methoden angewandt und den Einfluß der Vereinten Nationen eingesetzt, ohne aber irgend eine Einigung mit der Sowjetunion zu erzielen.

US-Sondermission nach Südostasien

Washington (ZSH). Das amerikanische Außenministerium gab bekannt, daß in der kommenden Woche eine Sondermission nach Südostasien fahren wird. Die Beamten müssen untersuchen, wie groß der Bedarf an amerikanischen Hilfslieferungen ist, um ein Vor-

dringen des Kommunismus in Südostasien zu verhindern.

Außenminister Acheson unterstrich erneut die Bereitschaft Amerikas, den asiatischen Staaten wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, betonte jedoch, daß die Initiative von Asien ausgehen müßte.

Unruhen in Eritrea

Asmara (ZSH). Über Asmara, der Hauptstadt der früheren italienischen Kolonie Eritrea, in der es in den letzten drei Tagen heftigen Ausschreitungen gekommen war, wurde jetzt der Ausnahmezustand verhängt. Die Polizei erhielt die Anweisung, im Falle von Unruhen ohne Warnung das Feuer zu eröffnen. Die Eingeborenen wurden angewiesen, sich nicht auf der Straße zu zeigen.

Nach den neuesten Meldungen haben die Ausschreitungen schon 41 Todesopfer gefordert, etwa 130 Personen wurden verletzt. Wie Korrespondenten melden, haben die Unruhen an Heftigkeit zugenommen. Britische Truppen mußten mit Panzerunterstützung eingesetzt werden. Die Korrespondenten führen aus, die Ausschreitungen in Eritrea, das jetzt unter britischer Verwaltung steht, seien auf den Gegensatz zwischen den Mohammedanern und dem koptischen Bevölkerungsteil zurückzuführen. Die koptischen Christen sind nicht-europäischer Herkunft. Sie haben den Wunsch, daß Eritrea Abessinien angegliedert wird. Die Mohammedaner fordern die Unabhängigkeit Eritreas.

Eine Kommission der Vereinten Nationen ist zur Untersuchung dieser Fragen in Asmara eingetroffen.

Auf der Jagd nach Westerling

Singapur (DND). Die indonesische Regierung ersuchte die britischen Behörden um Hilfe bei der Verfolgung des Rebellenführers Westerling, der angeblich nach Singapur geflüchtet ist. Die britische Botschaft in Djakarta antwortete, daß in Singapur keine Spur von Westerling und dessen Familie aufzufinden sei. Die allgemein gut informierten Kreise in der indonesischen Hauptstadt glauben, daß sich Westerling noch im Dschungel aufhält und demnächst wieder von sich hören lasse.

Mao Tse Tung auf der Rückreise

Moskau (ZSH). Der chinesische Kommunistenführer Mao Tse Tung und der Außenminister der chinesischen Volksrepublik, die sich zur Zeit auf der Rückreise von Moskau nach China befinden, besichtigten in den letzten Tagen die Industriegebiete Zentralrußlands und des Urais. Sie interessierten sich besonders für die sowjetischen Traktoren- und Elektrizitätswerke.

Der Landtag untersucht

Öffentliche Sitzung — Scharfe Kontroversen der Juristen

D.P. Stuttgart. In der Landtagssitzung vom 2. Februar hatte Ministerpräsident Maier sich trotz seines Rechts als Staatsoberhaupt auf undiskutierbare Ausübung der Gnadenpraxis bereit erklärt, das Material aller von ihm behandelten Gnadenfälle im Landtagsausschuß vorzulegen, „wenn sich Abgeordnete finden, welche sich dieser Rückenarbeit mit gebotener Gründlichkeit zu unterziehen willens seien“. Der Landtag nahm dieses Angebot an und beauftragte den sogenannten „Ständigen Ausschuß“ mit den Vorbereitungen für die Untersuchung. Dieser Ausschuß befaßte sich bereits mit dem vorgelegten Material in einer ersten nichtöffentlichen Sitzung in Ludwigsburg, bei der auch Ministerialrat Ströbe vom Staatsministerium mitzuwirken versuchte, aber als nicht zum Ausschuß gehörig aus dem Saal verwiesen werden mußte.

In der zweiten Sitzung hatte Ministerpräsident Maier eingehend Gelegenheit, sich zu seiner Gnadenpraxis zu äußern. Die Diskussionen, ob diese zweite Sitzung öffentlich oder nichtöffentlich abgehalten werden sollte, zogen sich über eine Stunde hin, bis man sich schließlich doch für eine öffentliche Behandlung entschied.

Ministerpräsident Maier stellte zunächst zu den von dem ehemaligen Chef der Urteilstreitungsabteilung im Entnazifizierungsministerium, Herbert Faeseler, gemachten Äußerungen fest, daß seine Zurückweisung der Angriffe in der Öffentlichkeit genügend zum Ausdruck gekommen sei.

Die vier Juristen des Ständigen Ausschusses bemängelten zunächst die ungenügende Sachkenntnis des Ministerpräsidenten auf juristischem Gebiet. Gerade bei einem so schwierigen Problem wie dem der Gnadenpraxis bei der Entnazifizierung gehe es nicht ohne sorgfältigste juristische Abstimmung. Ministerpräsident Maier hielt dem entgegen, daß er das Befreiungsgesetz in seinem Wortlaut und in seinen Ausführungsmöglichkeiten durchaus beherrsche.

Im einzelnen wurde dem Ministerpräsidenten zum Vorwurf gemacht, daß beim Befreiungsministerium nicht genügend Personal für eine sorgfältige Bearbeitung der Gnadenfälle vorhanden gewesen sei und man deshalb ein Versagen der Gnadenpraxis hätte voraussehen müssen. Des weiteren sei durch die Fülle der Bagatelldinge eine abgewogene Entscheidung über die wirklich wichtigen Fälle verhindert worden. Diese seien durch die große Zahl von rund 20 000 Gnadenakten geradezu erdrückt worden. Weiter wurde kritisiert, daß gerade bei den Bagatelldingen vielfach ein Beschäftigungsverbot aufrechterhalten worden sei, was die Einzelnen viel schwerer getroffen habe, als manche finanzielle Belastung bei den finanzkräftigen Beteiligten. Schließlich wurde erneut darauf hingewiesen, daß die Massenentnazifizierung an sich schon ein Fehler gewesen sei, worauf auch General Clay in seiner Rückschau auf seine Praxis in Deutschland hingewiesen habe.

In seinen Entgegnungen stellte Ministerpräsident Maier vor allem das kritische Moment der Entnazifizierung in den Vorder-

grund. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß eine Vereinigung des Gnadenrechts und des Befreiungsministeriums in einer Hand unvereinbar sei. Eine derartige Zusammenfassung bestehe nicht nur in Württemberg-Baden, sondern auch in Bremen. Im übrigen habe der Landtag ja selbst in seiner Sitzung vom 1. 10. beschlossen, aus Sparsamkeitsgründen das Gehalt des Befreiungsministers zu streichen.

Weiter wurde bekanntgegeben, daß in der Zeit vom 20. 10. 1949 bis 16. 1. 1950 205 Begnadigungsfälle behandelt worden seien. In 120 Fällen davon sei festgestellt worden, daß der Ministerpräsident eine andere Entscheidung getroffen habe, als sie von den Beamten des Befreiungsministeriums vorgesehen war. Zu den einzelnen Gnadenfällen soll erst Stellung genommen werden, wenn sich ein Unterschuß mit ihnen im einzelnen befaßt und man einen Überblick darüber gewonnen hat.

Der Termin für die nächste Sitzung des „Ständigen Ausschusses“ wurde nicht festgelegt.

Der Justizminister zum Entnazifizierungs-Skandal

Stuttgart (ZSH). Der württembergische Justizminister Beyerle erläuterte die Haltung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft bei der Bearbeitung der Anzeigen gegen Ministerpräsident Dr. Maier und Gottlob Kamm. Der Minister erklärte, dem ersten Staatsanwalt Dr. Deszyk könnte vielleicht der Vorwurf gemacht werden, daß er die Ermittlungen gegen Kamm in fahrlässiger Weise eingestellt habe, bevor er die selbst angeforderten Ermittlungsergebnisse von der Polizei erhalten habe. Aufgrund dieser Ergebnisse sei es notwendig gewesen, das Verfahren gegen Kamm wieder aufzunehmen.

Der Justizminister teilte mit, daß Kamm vorgeworfen wird, er habe Lebensmittel aus alten Beständen an verschiedene Personen ohne Marken verkauft.

Zur Gnadenpraxis des Ministerpräsidenten sagte Justizminister Beyerle, Dr. Maier könne auf keinen Fall strafrechtlich verantwortlich gemacht werden. Bei offensichtlichen Mißbrauch der Gnadenrechts bestehe jedoch die Möglichkeit einer Verantwortung vor einem Staatsgerichtshof.

Um die Beschlüsse von Freudenstadt

Stuttgart (ZSH). Die Landesvorsitzenden der CDU von Nordwürttemberg und Nordbaden, Simeon d'Orfer und Heinrich, haben am Freitag Ministerpräsident Dr. Maier aufgefordert, seine Antwort auf den mit den Beschlüssen von Freudenstadt übereinstimmenden Vorschlag der badischen Regierung zu überprüfen. Die Beschlüsse von Freudenstadt seien nach wie vor die geeignete Grundlage für eine Volksbefragung über den Südweststaat.

Charlie Chaplin will neuen Film drehen. Der berühmte Filmschauspieler Charlie Chaplin beabsichtigt im Mai nach Israel zu fahren. Dagi will er Jerusalem aufsuchen, sowie die biblischen Stätten, um zu prüfen, ob eine seiner Filmideen in Israel spielen kann.

Die Hohe Kommission sagt: Nein

Zu der Neuordnung in der Stahlindustrie Bonn (ZSH). Die Hohe Kommission hat Bundeskanzler Dr. Adenauer mitgeteilt, daß sie einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Besitzverhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie nicht genehmigen werde. Der Bundeskanzler hatte die Hohen Kommissare vor einiger Zeit davon unterrichtet, daß die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Besitzverhältnisse vorbereite.

Gegen Sprengungen in Watenstedt-Salzgitter

Schu'macher an Adenauer

Bonn (DND). Der Führer der Opposition im Bundestag, Dr. Kurt Schumacher, richtete am Freitag einen Brief an Bundeskanzler Dr. Adenauer, der sich mit den Sprengungen in den ehemaligen Reichswerken in Watenstedt-Salzgitter befaßt. Dr. Schumacher erklärt in seinem Schreiben, daß er von der Direktion der ehemaligen Reichswerke ein Telegramm erhalten habe, wonach die englische Entwaffnungsgruppe damit begonnen habe, einen Teil der Fundamente demonstrierter Werksanlagen zu sprengen. Weitere Sprengungen seien zu befürchten und der Wert der von diesen Zerstörungen bedrohten Fundamente und Gebäude betrage 75 Millionen DM.

Deutsche Vorschläge zur Benzinfreigabe

Bonn (ZSH). Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat dem Wirtschaftsausschuß der Hohen Kommission am Freitag die deutschen Vorschläge zur Benzinfreigabe übermittelt. Der Bundesminister hätte mit den Wirtschaftsberatern eine längere Aussprache.

McCloy fliegt wieder nach Washington

Bonn (ZSH). Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erneut nach Washington fliegen. McCloy soll an den Beratungen über den Etat des amerikanischen Hohen Kommissariats für das nächste Finanzjahr teilnehmen. Er wird voraussichtlich eine Woche in Washington bleiben.

Neutralgischer Punkt: Zonengrenze

Wieder Verschärfung der Kontrollmaßnahmen

Heilmstedt (ZSH). Im Überlandverkehr führten die Sowjetbehörden an der Kontrollstelle bei Heilmstedt am Freitagvormittag wieder scharfe Kontrollmaßnahmen durch. Während der Nacht hatte sich die Lage erheblich entspannt. In Brandenburg haben die russischen Behörden von den sieben mit Schrott beladenen Schleppkähnen, die sie angehalten hatten, drei freigegeben. Der sowjetische Kontrollposten bei Marienberg hinderte zwei Güterzüge aus Berlin am Passieren der Zonengrenze. Die Züge waren mit Schrott beladen. 43 Wagen wurden abgehängt. Dann erst durften die Züge ihre Fahrt fortsetzen.

Falkenhausens Schweigenurlaub beendet

Nach Belgien zurückgebracht

Kassel (DND). Der 73jährige ehemalige Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, General Alexander von Falkenhausen, hat seinen 14tägigen Urlaub, der ihm zum Besuch seiner schwer erkrankten Frau gewährt worden war, am Donnerstag beendet. Falkenhausen wurde wieder nach B-igen zurücktransportiert.

Der frühere Militärbefehlshaber war im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau gebracht worden, wo ihn amerikanische Truppen befreiten und später an Belgien ausliefereten. Hier wartet er seit 1945 auf seinen Prozeß und hat f. dieser Zeit 51 verschiedene Gefängnisse durchlaufen. Während seines Aufenthalts wurde er dort täglich in Begleitung amerikanischer Militärpolizisten und eines belgischen Kriminalbeamten nach Hünfeld begleitet, wo er bis zum Abend mit seiner kranken Frau zusammen sein durfte. Es wurde ihm zur Pflicht gemacht, sich mit niemandem außer seiner Frau und dem behandelnden Arzt zu unterhalten.

Volksbegehren

über Wohnungsbaubehänge unzulässig

Koblenz (DND). Ein Volksbegehren mit dem Ziel der rückwirkenden Abschaffung der Wohnungsbaubehänge, für das die KPD im Lande Rheinland-Pfalz gegenwärtig Unterschriften sammelt, ist, wie die Landesregierung mitteilt, unzulässig. In Artikel 109 der Landesverfassung ist festgelegt, daß „Volksbegehren über Finanzfragen, Abgabengesetze und Besoldungsanordnungen“ nicht zulässig sind.

Ulbricht reist nach Moskau

Politische oder medizinische Gründe?

Berlin (ZSH). Einer der drei stellvertretenden Ministerpräsidenten des unter kommunistischer Führung stehenden Ostzonenregimes, Walter Ulbricht, reiste am Freitag auf dem Luftwege nach Moskau. Als Grund für die Reise wird amtlich eine ärztliche Behandlung in der Sowjetunion angeführt.

Ein Vertreter der britischen Behörde in Berlin erklärte am Freitag, die wahren Gründe für Ulbrichts Reise nach Moskau dürften eher politischer als medizinischer Natur sein. Die russischen Behörden, so sagte er, die vor kurzem die wirtschaftliche Entwicklung in der Ostzone kritisiert hatten, werden voraussichtlich mit Ulbricht darüber beraten, wie die Produktion in der Ostzone erhöht und die Handelsbeziehungen zwischen Ostdeutschland und den Vasallenstaaten der Sowjetunion verstärkt werden können.

Neues Verfahren gegen Hedler vertagt

Kiel (ZSH). Das neue Entnazifizierungsverfahren gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hedler wird auf einen späteren Termin verschoben. Die Regierung von Schleswig-Holstein gab bekannt, im Fall Hedler liege neues Material vor. Das Verfahren gegen Hedler sollte ursprünglich am Freitag beginnen.